



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/111

Hannover, 9. September 1949

Die zivile Note

=====

-ft. Für Menschen, die es zu schätzen wissen, wenn Träger der Macht bescheiden und in einer menschlich ansprechenden, einfachen Form auftreten, ist es ein ästhetischer Genuss, Spitzengrößen der englischen Besatzungsmacht zu begegnen. Man versteht dann, wie es gelang, dreihundert Jahre lang über den ganzen Erdball hinweg die Macht des Empires aufrechtzuerhalten, selbst noch in den letzten Jahrzehnten, da der Gedanke des europäischen Nationalstaates auch unter den wenig entwickelten überseeelischen Völkern Schule gemacht hatte. Man versteht auch, warum England vor zwei Jahren in Indien das Heft aus der Hand gab, anstatt mit der Waffe einen Führungsanspruch behaupten zu wollen, der durch die Entwicklung überholt war. Man versteht schliesslich, vergleicht man das Auftreten englischer Militärbefehlshaber im besetzten Deutschland mit dem Verhalten deutscher Besatzungsgenerale während des Krieges, warum den Deutschen überall, wohin sie kamen, die militärischen Siege politisch in der Hand zerrannen. Das besagt nicht, dass die Engländer ihren Willen nicht durchzusetzen vermögen; ihre Art aber, Besatzungspolitik zu machen, ist in der Form unaufdringlicher, daher erträglicher.

Von dieser, man möchte sagen englischen Form der Besatzungspolitik macht auch ihr prominentester Vertreter in Deutschland, General Robertson, keine Ausnahme. Er hat sich mit diesem englischen, also keineswegs ausschliesslich individuellen Takt der "neuen Phase" wie er sie selbst nannte, angepasst. Die Periode der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ist abgelöst, an ihre Stelle sind zwei

9. September 1949

Faktoren getreten; von der Seite der Sieger das Besatzungsstatut, von der Seite der Unterlegenen das Grundgesetz. General Robertson hat dem Rechnung getragen, er hat die Generalsuniform des Militärgouverneurs abgestreift und den Zivilanzug des Hohen Kommissars angelegt.

Zivil waren auch seine Ausführungen vor den vierhundert Delegierten des DGB-Kongresses in Hannover. "Vielleicht fürchten auch Sie, dass die Hohen Kommissare die neue Regierung in so feste Zügel nehmen wollen, wie die Militärgouverneure den Frankfurter Verwaltungsrat", sagte er zu den Arbeitervertretern. Er bemühte sich, solche Befürchtungen zu zerstreuen. Von den Grundsätzen, an die sich die Hohen Kommissare halten würden, nannte er als die wichtigsten die Sicherheit und die Achtung vor internationalen Verpflichtungen. Beide sind wehrbare Begriffe, besonders die Sicherheit, aber die Art und Weise, wie General Robertson seine Vorbehalte vortrug und die Wünsche, die er der künftigen deutschen Regierung mit auf den Weg gab, lassen hoffen, dass die Handhabung des Besatzungsstatuts eine Entfaltung des Grundgesetzes so wenig wie möglich behindern wird.

General Robertson hat wiederholt gesagt: "Meine Kollegen und ich". Damit wollte er offenbar sagen, dass die drei Hohen Kommissare sich in den Grundzügen ihrer Haltung einig sind. Auch das ist ein positives Moment, wobei wir den deutschen Wunschzettel dahin interpretieren möchten, dass die Hohen Kommissare bei der Ausübung ihres Amtes den gesunden Menschenverstand Amerikas, den Zivilanzug des Generals Robertson und die Verbindlichkeit des Diplomaten François-Bonnet walten lassen mögen. Wenn wir Deutschen dabei nicht allzu rasch vergessen, dass wir den Krieg verloren haben, dann kann die nach Ablauf eines Jahres vorgesehene Überprüfung des Besatzungsstatuts nur ein Ergebnis haben: dass es sich in einen Knigge zwischen gleichberechtigten Partnern umwandelt. General Robertsons erstes Auftreten als Hoher Kommissar gibt solchen Hoffnungen Raum.

Unsicheres Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Zu Beginn des Sommers durfte man ohne übermässigen Optimismus die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Frankreichs als gesichert ansehen. Die Inflation war überwunden, der Staatshaushalt einigermaßen ausgeglichen, und leicht sinkende Preise verbesserten die materielle Lage der Massen. Politisch führte diese Entwicklung zu einem Zurückdrängen der gaullistischen Gefahr und wenigstens zu einer Neutralisierung des Kommunismus.

In den letzten Wochen hat sich jedoch wider Erwarten und an sich völlig unnötig die Lage erneut verschlechtert. Der Ausgangspunkt dafür war zweifellos die politische Offensive der Konservativen, deren Ziel es ist, der Politik des Landes ihren ausschliesslichen Stempel aufzudrücken, wobei sie nicht nur an die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft denken, sondern auch an die Bekämpfung aller fortschrittlichen sozialen Gedanken. Es besteht kein Zweifel, dass diese konservativen Gruppen nach Beendigung der Parlamentsferien im Oktober einen weiteren Vorstoss in dieser Richtung unternehmen werden.

Diesen Bestrebungen kommen gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegen: Vortourierung der Lebenshaltung infolge der Trockenheit und der gleichzeitig damit ausgelösten Spekulation, Geldknappheit der Staatskasse, der lediglich durch beschleunigte Freigabe des Gegenwertes der Marshall-Kredite geholfen werden konnte, und nicht zuletzt das schon chronische Missverhältnis zwischen Preisen und Löhnen. Dieser letzte Punkt stellt zweifellos die grösste Gefahr dar, denn er könnte den Kommunisten auch in diesem Herbst die Auslösung einer verhängnisvollen Streikwelle ermöglichen.

Die sozialen Spannungen haben ihre Ursache weniger in der Notlage der breiten Massen als in verschiedenen psychologischen Irrtümern und moralisch untragbaren Zuständen. Die Lebensbedingungen der Arbeiter können zwar keineswegs als gut bezeichnet werden, sie sind jedoch im allgemeinen nicht unwesentlich besser als etwa vor einem Jahr. Ein Teil der Forderungen der Gewerkschaften ist unberechtigt und demagogisch,

9. September 1949

wie z.B. die Ferienprämien oder die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Bedauerlicherweise haben weder die Regierung, noch die verantwortungsbewussten Arbeitervertreter in den letzten Jahren versucht, die Massen über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der sich daraus ergebenden zwangsläufigen Verarmung des Landes aufzuklären.

Es ist ^{oder} allerdings schwer, von den Arbeitern weitere wirtschaftliche Opfer auch nur ein Mindestmass von Gemeinschaftssinn zu verlangen, wenn die Unternehmer ausschliesslich nur an ihren Gewinn denken. Um diese Misstimmung der Arbeiter zu verstehen, genügt es, zu wissen, dass seit Anfang des Jahres bei gleichbleibender Belegschaft die gesamte Industrieproduktion um rund 20 v.H. gestiegen ist, während die Löhne nicht in die Höhe gingen und die Preise nicht sanken. Der Mehrertrag dieser erfreulichen Produktionsentwicklung kam daher fast restlos einer kleinen Minderheit von Unternehmern zu Gute. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, dass die Gesellschaften ihre Aktionäre nicht besser behandeln als ihre Arbeiter. Ein grosses Unternehmen der Gummiindustrie hat z.B. für das Jahr 1948 den Aktionären lediglich einen Betrag von 54 Millionen ausbezahlt. Theoretisch belief sich sein Reingewinn auf 191 Millionen. Vorher wurden jedoch über 1.300 Mill. Sonderreserven zurückgestellt und 50 Millionen als Abschreibungen verbucht.

Mit etwas Vernunft und Geschicklichkeit sollte Frankreich die ihm erneut drohenden Schwierigkeiten vermeiden können. Die Massen sind weniger denn je geneigt, sich von den Kommunisten zur Erreichung politischer Ziele missbrauchen zu lassen. Der Gaullismus ist seinerseits auf einem Tiefpunkt angekommen. Wirtschaftlich ist das Land, so weit es in Europa möglich ist, gesund. Es verfügt über grosse Gold- und Devisenreserven, deren Mobilisierung alle Probleme des Wiederaufbaues auf relativ einfachste Art lösen könnte. Die diesjährige Ernte ist trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse zufriedenstellend, ebenso wie die Entwicklung der Industrieproduktion. Eine neue soziale, politische und wirtschaftliche Krise wäre daher in Frankreich lediglich das Werk einer Handvoll Egoisten, politischer Abenteurer und Moskauer Sendboten.

SPD benannt eigenen Kandidaten

(sp) Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung, die aus den Abgeordneten des Bundestages und den von den Landtagsfraktionen bestimmten Delegierten besteht, wird, wie wir hören, in einer Sitzung am Vormittag des 12. September einen eigenen sozialdemokratischen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorschlagen. Über die Person wird vorher nichts bekannt gegeben werden, und es ist auch nicht damit zu rechnen, dass bis dahin in der Frage des Bundespräsidenten überhaupt eine sozialdemokratische Stellungnahme oder gar Festlegung erfolgen wird. Gleichzeitig wird aus führenden Kreisen der Partei noch einmal erklärt, dass von den bisher in der Öffentlichkeit genannten Persönlichkeiten aus bürgerlichen Parteien keine mit der sozialdemokratischen Zustimmung rechnen könne. Das gilt sowohl für Prof. Heuss wie für Jakob Kaiser, aber auch für Herrn Schlange-Schöningen, von dem gewisse Kreise der CDU gehofft hatten, er werde noch am ehesten für die SPD tragbar sein. Bei Prof. Heuss ist nach sozialdemokratischer Auffassung besonders erschwerend, dass er einer der Abgeordneten gewesen ist, die dem Ermächtigungsgesetz für die erste Hitler-Regierung zugestimmt haben, durch welches in aller Form die Beseitigung der Demokratie legalisiert werden sollte. Die SPD ist der Ansicht, dass ein Mann, der mit seiner Stimmabgabe eine so schwerwiegende Fehlentscheidung getroffen hat, nicht die geeignete Persönlichkeit für das oberste Amt der neuen deutschen Bundesrepublik sein kann. Auch in einem eventuellen weiteren Wahlgang wird die SPD deshalb unter keinen Umständen für Prof. Heuss stimmen. Eine Meldung der "Welt" insbesondere, die eine andere Auffassung vertritt, ist völlig aus der Luft gegriffen.

- - - - -

Nach bekanntem Muster

(sp) Jeder Donnerstag-Nachmittag wird künftig für die Schüler und Schülerinnen der Stadt Halle a.S. nach einer Anordnung des Stadtschulrates aufgabenfrei sein, "damit die Arbeitsgemeinschaften der FDJ und der Jungen Pioniere, die in eigenen FDJ- und Pionier-Zimmern in 15 halbtägigen Schulen stattfinden, nicht behindert werden." Im ewigen zwölfjährigen Reich waren es der Mittwoch- und Sonnabendnachmittag, die schulaufgabenfrei bleiben mussten, damit die Jugend zum HJ-Dienst antreten konnte. Jetzt muss die gesamte Schuljugend einer Großstadt wegen 15 kleiner Grüppchen einen Tag feiern.

- - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau